



Plattform für unabhängigen Videojournalismus

Ist China noch sozialistisch?

Chinas „Sozialistische Marktwirtschaft“ stellt sich als ökologische Weiterentwicklung des Marxismus im 21. Jahrhundert dar, beruft sich aber auch auf den Buddhismus.

Eindrücke und Fazit einer Studienreise, die Sabine Kebir mit einer Autorengruppe im Mai 2026 nach China unternahm. Es kam zu hoch informativen Treffen mit Intellektuellen, Vertretern der Wirtschaft und der KPCH.



13. August 2026 · Dr. Sabine Kebir



New Silk Road heißt das Hamburger Reisebüro, bei dem man Kulturreisen nach China mit speziellen Kontaktwünschen buchen kann. So kam ich mit sechs anderen Autoren im vergangenen Mai zu einer Studienreise, die uns nach Beijing, Shengzhou, Xuchang, Luoyang und Schanghai führte. In Beijing hatten wir Gelegenheit, mit zwei Mitgliedern des Grandview Instituts zu sprechen, dem international angesehenen privaten Guoguan Think Tank, das zu globalen Sicherheitsfragen arbeitet. Es finanziert sich aus Spenden der Privatindustrie, unterhält Beziehungen zu zahlreichen internationalen Organisationen und erarbeitet Handlungsempfehlungen für die Zentralregierung. Im November 2025 empfing es eine bundesdeutsche Rüstungskontroll-Delegation.

Professor Zhou Rong, Direktor des Studienzentrums für die Länder des globalen Südens, verglich die jüngere Entwicklung Chinas mit dem Aufstieg Japans und Südkoreas zu modernen Industrienationen. 800 Millionen Chinesen wurden aus der Armut geholt. Die öffentliche Sicherheit sei sehr hoch. Korruption werde konsequent bekämpft. Die Abhängigkeit vom Weltmarkt habe sich stark reduziert. China sehe den Westen nicht mehr als Konkurrenz an, auch Deutschland nicht. Früher seien die DDR und später auch die BRD wichtige Partner gewesen. Das ist heute nicht mehr der Fall. Der Außenhandel mit Vietnam sei bereits umfangreicher. Die wirtschaftliche Entwicklung müsse mit dem Schutz der Umwelt einhergehen. China sei Vorbild für andere asiatische Länder, besonders für Vietnam und Indonesien.



Professor Ding Yifan vom Institut für Globale Governance and Development umriss die Entwicklung Chinas seit 1974, als es zu den ärmsten Ländern der Erde gehörte, bevor Deng Xiao Ping 1979 die Öffnung der Wirtschaft einleitete. Dass Betriebe nun von ausländischen Fachkräften geleitet wurden, brachte keinen entscheidenden Fortschritt. Der kam erst 1991 mit der Einführung der 'Sozialistischen Marktwirtschaft'. Zu unserer Verblüffung nannte er als damalige Vorbilder Frankreich mit seinem hohen Anteil an Staatsunternehmen und die Bundesrepublik mit ihrem Sozialstaat, der auch der Privatwirtschaft viel Freiheit bot. Seit dem Jahr 2000 sei China auf der Erfolgsspur. Es sei heute das einzige Land der Welt, das alle Lieferkettenketten selber besäße. Seit 2010 nimmt es den 2. Platz in der Weltwirtschaft ein.



Die Neue Seidenstraße sei ein Projekt gegen den Krieg. Die Bedeutung des Renminbi wachse stark, der Staat werde aber die Kontrolle über die Währung behalten. Man gewähre Rabatte, wenn Staaten bereit sind, mit Renminbi zu handeln. Heute handele sogar Russland mit Indien über Renminbi.

Der Staat unterhalte die größten Unternehmen, schaffe die Infrastruktur. Die Privatwirtschaft erzeuge die Dynamik, werde aber reguliert, private Monopolbildung verhindert. Mittels KI erzeuge die staatliche Energiewirtschaft bereits 2,5 mal mehr Strom als die USA.

Handelsbeziehungen werden unabhängig von politischen Beziehungen gestaltet. China handelt auch mit Israel und Südkorea, jedoch nicht mit Rüstungsgütern.

Uns Autoren, die alle keine China-Experten sind, überraschte auch, dass der Professor den Buddhismus als eine der Grundlagen der Sozialistischen Marktwirtschaft bezeichnete.

Wegen der hohen Staatsquote und der umfassenden Kontrollfunktion der KPCh, bezeichnen Mainstream-Medien China nicht nur als sozialistisches, sondern meist sogar als kommunistisches Land. Viele linke Milieus bezweifeln das jedoch. China sei ein „staatskapitalistisches“ Land. Der Maßstab, den westliche Linke ihrem Kommunismus-Bild zu Grunde legen, ist die weitestgehende Verteilungsgleichheit verfügbarer Güter. Daher fand auch die Kulturrevolution (1966-1976) eine erstaunliche Akzeptanz bei linken Gruppen im Westen. Für sie zählt, dass die Schere zwischen Reichsten und Ärmsten im heutigen China weit auseinanderklafft. Tatsächlich ist zu hinterfragen, ob sie nicht zu groß ist.



Das Ziel der nach der Revolution zu etablierenden Verteilungsgleichheit ist indes eine ahistorische Vorstellung der anarchistischen Tradition und des utopischen Sozialismus. In der Kritik des Gothaer Programms der Sozialdemokratie von 1875 hatte Marx die postrevolutionären Zeiten, in der die Arbeiterklasse die politische Macht über die Produktionsmittel besitzt, als eine Entwicklung in – grob gesehen – zwei Etappen eingeteilt. In der ersten könne noch nicht von ausreichender Fülle an Gütern ausgegangen werden, um alle Bedürfnisse zu befriedigen, weshalb jeder nach seiner Leistung zu bezahlen sei. Erst mit höherer Entwicklung der Produktivkräfte könnten Bedürfnisse auch leistungsunabhängiger befriedigt werden.¹ Etwas Konkreteres hat Marx zum Sozialismus/Kommunismus übrigens nie geäußert. Er war sich im Klaren, dass auf den revolutionären Umbruch sehr verschiedene Ausgangsbedingungen folgen würden. Nicht vorhersehbar war, dass der Umbruch nicht in hochentwickelten, sondern in besonders wenig entwickelten Ländern stattfinden würde, für die sich seine Phasen-Theorie aber um so richtiger erwies. Es war kein Zufall, dass die Kritik am Gothaer Programm im Schulunterricht der DDR vorkam. Angesichts der durch die Konkurrenz des westdeutschen Wirtschaftswunders vor allem subjektiv empfundenen Knappheit vieler Güter konnten die Erwartungen der Bürger nicht anders als mit einem Leistungssystem gezügelt werden. Dass dieses nicht nur ökonomisch, sondern auch politisch strukturiert war, würde das Thema hier sprengen.

Zu verweisen ist aber noch auf Versuche, nach sozialistischen Revolutionen Verteilungsgleichheit herzustellen, die nur in extremen Mangelsituationen Akzeptanz fanden. Aber nach der Oktoberrevolution konnte selbst strenge Rationierung die Hungersnot nicht beenden. Erst die neue ökonomische Politik (NEP) die Anreize für private Profite setzte, schuf den Ausweg, aber auch „Ungerechtigkeiten“. Zu resümieren bleibt, dass die meisten Länder des Ostblocks zunächst nicht einmal das Niveau der ersten von Marx skizzierten Phase erreichten. So gab es Mitte der sechziger Jahre nur in der DDR Leistungslöhne für Fließbandarbeiter. Anderswo wurden sie pauschal nach Arbeitstagen bezahlt, was die Leistungsbereitschaft erheblich

dämpfte. Der in der DDR anfangs geduldet, aber auch höchstens 100 Arbeitende pro Betrieb gedeckelte Privatsektor wurde in den siebziger Jahren aus ideologischen Gründen weitgehend abgeschafft, obwohl er dazu beigetragen hatte, Bedarfslücken zu schließen.

Im postrevolutionären China gab es zunächst zwar verschiedene Gehaltsstufen, die – wie in anderen sozialistischen Ländern – aber politisch bestimmt wurden. Im eigentlich produktiven Sektor herrschte Pauschalentlohnung. Ein Grund, weshalb Mao die Kulturrevolution entfesselte, kann gewesen sein, zu verhindern, dass sich die Diskrepanz zwischen beiden Gesellschaftsbereichen in unkontrollierbaren Aufständen entladen würde. Insbesondere scheint es nicht genug Perspektiven für die Jugend gegeben zu haben. Indem Mao sie aufrief, Jagd auf Intellektuelle und Funktionäre und deren Funktion obsolet zu machen, steuerte er auf radikale Gleichmacherei. Dieser „Sprung nach vorne“ scheiterte wie auch die vorherigen Sprünge. Deng Xiao Ping legte den Hebel um auf eine Leistungsgesellschaft, in der es nicht nur Leistungslöhne, sondern auch eine Privatwirtschaft geben sollte, die es sogar ermöglichte, reich zu werden. Mitte der achtziger Jahre gab es bereits einen Menschen, der durch den intelligent organisierten Verkauf von Kürbiskernen zum Millionär geworden war. Heute gibt es bereits halb so viele Milliardäre wie in den USA. Aber es gibt noch keine Erbschaftssteuer, angeblich, weil es bislang nur Neureiche gibt, die noch nichts vererbt haben. Das Problem steht aber auf der Tagesordnung.



Der chinesische „Kapitalismus“ kann nicht als neoliberal bezeichnet werden. Und das nicht nur, weil die größten und wichtigsten Sektoren der Wirtschaft in staatlicher Hand sind, sondern, weil auch der Privatsektor staatlicher Kontrolle unterliegt, sich den Fünf-Jahrplänen der Regierung anzupassen hat. Nicht alle wirtschaftlichen Entscheidungen werden von der Zentralregierung getroffen, sondern auch von den Provinzregierungen. Diese haben sogar eigene Außenministerien, die die außenwirtschaftlichen Beziehungen der Provinz leiten. Die von der KPCh geleitete Zentralregierung setzt die Rahmenbedingungen. Eine weitere, in westlichen Beschreibungen des chinesischen Systems fehlende Instanz, ohne deren vorschlagende und

auch kritisierende Funktion keine Entscheidung zustande kommt, ist der Volkskongress. Dessen unterste Ebene wird durch Basiswahlen in den Straßen und Kietzen bestimmt, was sich dann auf den höheren Ebenen in Städten, Regionen und Provinzen fortsetzt. Wer für Bürgerräte plädiert, sollte das chinesische Rätssystem genauer untersuchen – insbesondere auf Manipulierbarkeit durch Geld oder anderen Druck.

Auf unserer Städtetour begegneten wir keinen prekär lebenden Menschen. Die Bevölkerung wirkt insgesamt wie eine sehr homogene Mittelschicht. Sie arbeitet teils im staatlichen Sektor, teils privatwirtschaftlich. Luxusläden zeugen vom Vorhandensein einer reichen bis superreichen Oberschicht. Yang Ping, Chefredakteur des Beijing Cultural Review Magazineⁱⁱ, Chinas bedeutendster, auch international wahrgenommener gesellschaftspolitischer Zeitschrift, behauptete, dass die Parteiführung mit der privat arbeitenden Mittelschicht allein wegen ihrer Breite mehr Schwierigkeiten als mit der kleinen, eher kontrollierbaren Schicht der Superreichen hätte. Deren Bändigung verläuft u. a. über Kapitalverkehrskontrollen, die verhindern, dass Kapital frei ins Ausland verschoben wird. Auch müssen die Milliardäre ihre Investitionen im Rahmen der Fünfjahrespläne tätigen. Die FAZ meldete am 2. Juni, dass China die Gesetze zur Kontrolle des Transfers von Technologie-, Fachkräften und Kapital ins Ausland verschärft hat. Im Interesse der „nationalen Sicherheit“ können chinesische Unternehmen gezwungen werden, Beteiligungen im Ausland zu verkaufen oder sich aus bestimmten Geschäftsbereichen zurückzuziehen. Staaten, die chinesische Investitionen beschränken, droht dasselbe in China.ⁱⁱⁱ Der sich im Westen immer nachteiliger auswirkenden Anarchie des Privatkapitals sind Grenzen gesetzt, die ständig angepasst werden.

Was unterscheidet China außerdem noch vom westlichen Kapitalismus? Der wichtigste Aspekt ist die Ausschaltung von Bodenspekulation. Der Boden bleibt Volkseigentum. Jedem Chinesen steht die Verfügung über ein bestimmtes Maß an Boden zu, womit sein Wohnrecht gesichert ist und auch ein kleines Ackerstück. Dieses Stück Erde befindet sich in der Geburtsregion und ist verbunden mit anderen Rechten vor Ort, z. B. dem auf Bildung. Damit hängt der befremdliche Aspekt zusammen, dass Kinder der Wanderarbeiter die Eltern nicht begleiten können, weil sie nur in deren Heimatort in die Schule gehen dürfen. Wer mehr Land braucht, als ihm zusteht, kann es pachten, z. B. Agrargenossenschaften. Auch Bauland in der Stadt muss gepachtet werden. Die Pachtzeiten für Stadtwohnungen liegen zwischen 30 bis 70 Jahren. Landwirtschaftlich genutzter Boden ist bis zu 99 Jahren pachtbar. Auch öffentliche Gebäude wie Schulen müssen Bodenpacht zahlen.

Im Arbeitsrecht gilt der 8-Studentag und die 5-Tagewoche. Der 1. Mai und der Nationalfeiertag am 1. Oktober ist jeweils mit 5 Tagen Urlaub für alle verbunden. In erstaunlichem Gegensatz zum Arbeitsrecht für Erwachsene steht das Lernregime für Kinder, Jugendliche und Studenten sind oft von 7:30 bis 18 Uhr in ihren Lernorten. Es besteht 9 Jahre Schulpflicht. Große Schülerzahlen in den Museen bezeugen, dass historische und kulturelle Bildung hohen Stellenwert hat. Das gilt auch für Sport. Erwähnt sei, dass es auch private Schulen gibt, die Spielräume in ihren pädagogischen Methoden haben. In der von uns besuchten Fremdsprachenschule in Peking-Haidian stellte uns die parteilose Direktorin drei Herren in roten Polohemden als „Mitbesitzer“ des Etablissements vor, die offenbar das wache Auge der KPCh repräsentieren. Das auch hier gelehrt wurde Fach Gesellschaftskunde heißt ‚Moral und Gesetz‘.



Eine Parteisekretärin in der bei Shanghai liegenden Stadt Taicang beantwortete die Frage, ob es die im Westen behauptete zugenommene Arbeitslosigkeit von Hochschulabsolventen tatsächlich gebe. Sie bejahte. Das sei ja ein weltweites Problem. Diese jungen Leute könnten nur auf Unterstützung ihrer Eltern zählen und müssten sich selbst Arbeit suchen oder eben selbständig werden, z. B. als Influencer im Internet.

Für die Arbeitenden scheint es nicht unüblich zu sein, dem Betrieb zuliebe auch mehr als 8 Stunden zu arbeiten oder den Jahresurlaub zu opfern. Das ergab sich – im Umkehrschluss – beim Besuch eines berühmten Supermarkts des Unternehmers Pang Dong Lai in der zentralchinesischen Stadt Xuchan, der seinen Mitarbeitern besonders gute Bedingungen bietet: Sie müssen nur 6 Stunden arbeiten und sind verpflichtet, ihren Jahresurlaub zu nehmen, was Pang Dong Lai für gesundheitlich unverzichtbar hält. Sein Supermarkt, in den er umgerechnet 800 Millionen Euro investierte, ist auch sonst außergewöhnlich. Er befindet sich in einer Shoppingmall mit großen westlichen Bekleidungs- und Kosmetikfirmen, wo kaum Publikum zu sehen war.



Dagegen war der Supermarkt gerappelt voll – der Kleidung nach zu urteilen nicht nur von besonders Wohlhabenden. Die angebotenen Produkte made in China sind nicht nur günstig, sondern auch mit Qualitätszertifikaten über hohe Gesundheits- und Umweltnormen ausgestattet. Vereinzelt gibt es westliche Waren, z. B. Olivenöl. Der Brotstand wirkt europäisch, bietet auch Graubrote, Croissants und Torten. Chinesische Kuchensorten finden reißenden Absatz. Bevor Fische hier in den Verkauf kommen, schwimmen sie 10 Tage in sauberem Wasser, damit sie frei von Giftstoffen sind. Um hier einzukaufen, reist man auch aus entfernten Orten an. Das Marktmodell von Pang Dong Lai konnte sich bislang anderswo nicht etablieren, weil die jeweiligen Verwaltungen den Bankrott der anderen Supermärkte fürchten.



Angesichts dieses Konsumrauschs kamen mir Heinrich Heines „Zuckererbsen“ für jedermann in den Sinn, wobei festzuhalten ist, dass China die von Heine ebenfalls prophezeite kulturzerstörerische Epoche schon hinter sich gelassen hat. Interessant fand ich über dem Eingang des Supermarkts wechselnde Losungen auf chinesisches und englisch wie: ‘Live is liberation of senses, not selfdiscipline’ und ‘Simple living – abundant living’. Diese Losungen stellen einen Paradigmenwechsel dar vom konfuzianischen Selbstverständnis der Chinesen zur Konsumkultur, die man kritisieren oder auch als Tor zu Marxens Kommunismus sehen kann, in dem angeblich alle Bedürfnisse befriedigt werden. Jedenfalls ist dieser Supermarkt im Sinne von Parteichef Xi Jing-Ping, zu dessen wichtigsten Anliegen – so ein Reiseleiter – die soziale und zugleich ökologische Ausrichtung der Wirtschaft gehöre. Am 10. Juni meldete die FAZ, dass China die Umweltgesetzgebung erneut verschärft und vor hätte, künftig globale Standards zu prägen.^{iv}

Ein anderer Vorzeigekapitalist ist Zhang Hongchao, der nach einem Ökonomie- und Jurastudium 1997 einen Eisladen im zentralchinesischen Zhengzhou eröffnete. Ab 2005 entwickelte er die Geschäftsidee, Eis und Teegetränke hoher Qualität für sehr niedrige Preise anzubieten, um sie für ärmere Kinder und Jugendliche erschwinglich zu machen. Durchschnittlich kostet ein Getränk 0,80 Dollar, d. h. 50-70% weniger als bei der Konkurrenz. Diese Preise werden möglich, weil mehr als eine halbe Million Firmenbeschäftigte alle Zutaten als ökologisch hochwertige Eigenprodukte herstellen. Die 55000 chinesische Filialen des Mixue Ice and Tea-Franchising-Systems werden kostenlos beliefert. Mittlerweile gibt es auch Filialen u. a. in Vietnam, Südkorea, Australien, Brasilien, Kenya und sogar in den USA, insgesamt mehr als McDonalds und Starbucks. 2025 wurde der Konzern an der Hongkonger Börse gelistet, wo er mit 2000 Milliarden Hongkong-Dollars bewertet wird. Einer unserer Reiseleiter kommentierte, dass dieses wirtschaftlich und soziale Erfolgsmodell doch gut „zu einem irgendwie gearteten Sozialismus“ passe.

Wie häufig sich so vorbildliches Engagement in der Kapitalistenklasse allgemein wiederfindet,

bleibt dahingestellt. Das System weist viele Facetten auf, die sich zudem in den Provinzen stark unterscheiden. Befremdlich ist, dass das Rentensystem nicht einheitlich, sondern nach den wirtschaftlichen Möglichkeiten der Provinzen ausgerichtet ist, woraus erhebliche Ungerechtigkeiten resultieren. Ein Reiseleiter erzählte, dass sich seine Mutter, eine ehemalige Bäuerin, mit 200 Jüan im Monat, ihrem Haus und dem kleinen Acker begnügen müsse, während seine Schwiegermutter, ebenfalls ehemals Bäuerin, 2000 Jüan Rente erhalte. Auf jeden Fall müssten die Alten von den Jüngeren unterstützt werden. Oft beruht das auf Gegenseitigkeit. Sofern sich arbeitende Eltern kein Kindermädchen leisten können, gelten die Großeltern als unverzichtbar, wenn man sich ein Kind anschaffen will.

Damit wären wir beim Thema der einfachen Berufe, deren Vertreter man trotz hoher Automatisierung, Digitalisierung und Anwendung der Künstlichen Intelligenz in der chinesischen Wirtschaft überall antrifft: Waren müssen auf- und abgeladen werden, unablässig werden Straßen gefegt und die alle paar hundert Meter verfügbaren kostenlosen öffentlichen Toiletten werden von Putzkräften sorgfältig sauber gehalten. Auch diese Menschen wirken selbstbewusst und nicht unzufrieden.

Die augenfälligste Form von Autoritarismus besteht darin, dass um 22 Uhr der Strom in populären Restaurants und sonstigen Vergnügungsorten abgeschaltet wird.



Die letzte U-Bahn in Shanghai fährt um 23 Uhr. Chinesen sind ein Volk von arbeitenden Menschen, die ausgeschlafen ihren Dienst antreten sollen.

Den schnellen Fortschritt ihrer Gesellschaft interpretieren die Chinesen als Ergebnis ihrer eigenen und der Geschmeidigkeit und Kreativität ihrer Führungskräfte – was den Führungskräfte in Nordkorea eben fehle – so ein Reiseleiter. Das Nachbarland bezeichnete er als ärmlich und dynastisch verknöchert – ähnlich, wie es im Westen dargestellt wird. Neben dem stolzen Bewusstsein eigener Wendigkeit herrscht jedoch auch Hochschätzung der his-

torischen Kontinuität. Dem Westen – einschließlich Japan – werden die Versuche, China zu kolonisieren und zu bevormunden, nicht verziehen.



Damit aufgeräumt zu haben, wird als bleibendes Verdienst Maos gesehen. Der Reiseleiter fuhr fort: 1999 dachten die Chinesen, dass Mao 30% Fehler gemacht habe. Heute denke man, dass er nur 10% Fehler machte.



Die positive Sicht auf die eigene Geschichte erstreckt sich auch auf die Kaiserzeit.



Zwar wird nicht verschwiegen, dass es sich um eine Zeit schwerster feudaler Ausbeutung des Volkes handelte.



Aber der Fokus der Erinnerungskultur liegt nicht – wie bei uns – auf höfischen Sitten und Kulturen, sondern auf den zivilisatorischen Diensten der Kaiser für die Allgemeinheit, zu denen sie verpflichtet waren, wollten sie nicht durch Aufstände entmacht werden. Zu nennen ist vor allem das Jahrtausende alte und immer wieder instand zu setzende Kanalsystem, mit dem Wasser aus dem Süden in den dürrn Norden des Reiches transportiert wurde und heute noch wird.

In den meisten Buddha-Tempeln, die wir besuchten, gab es drei Hauptbuddhas: den der Vergangenheit, den der Gegenwart und den der Zukunft. Ein Reiseleiter erklärte, dass 70 bis 80% der Chinesen heute Atheisten seien, weil in der Kulturrevolution jede religiöse Praxis verboten war. Aber dieser buddhistische Dreiklang scheint kulturell verwurzelt zu bleiben – nicht zuletzt auch in Parteiprogrammen der KPCh, die stets die historische, die aktuelle und die zukünftige Dimension verbinden.

Die 20-30 % der Gläubigen scheinen ihre Religion frei zu leben. Wir sahen betende Jugendliche in einem Lama-Tempel in Peking, den ein Kaiser des 18. Jahrhunderts einrichten ließ, um den tibetanischen Buddhismus zu integrieren.



In Shanghai lauschten wir herrlichen Gesängen von mehreren hundert Mönchen und Nonnen im Tempel des Weißen Jade-Buddhas. Behindert wurde allerdings der in Islamismus und Terrorismus abgleitende Islam in Xinjiang. Von ethnischer Unterdrückung der Uiguren könne indes keine Rede sein, sagte ein Reiseleiter. Die Minderheiten wären eher bevorteilt. Sie unterlagen nie der 1-Kind-Politik und bekommen im Prüfungssystem systematisch 20 Punkte mehr angerechnet als Han-Chinesen. Das biete enorme Vorteile bei der Suche nach einem einträglichen Arbeitsplatz. Dass in Xinjiang Ausbildungs- und Arbeitszwang durchgesetzt werde, sei nur gerecht – dem unterlägen schließlich alle Bürger Chinas.

Sollte ich das aktuelle chinesische System in eurozentrische Raster einordnen, würde ich es als erfolgreichen Versuch bezeichnen, das sozialdemokratische Versprechen zu erfüllen, dem Kapitalismus zugunsten der Allgemeinheit Zügel anzulegen. Das geschieht allerdings nicht auf bürgerlich-parlamentarischem Boden, sondern unter Aufsicht der KPCh, die mit basis-

demokratischen Strukturen interagiert. Der beispiellos gewachsene Lebensstandard erzeugt Zustimmung der Bevölkerung, trotz unverkennbar autoritärer Aspekte. Diese müssen westliche Linke aber nicht beunruhigen. China erhebt ja nicht den Anspruch, dass andere Staaten sein System übernehmen. Es strebt nur friedlichen Austausch auf Augenhöhe an.

i Der vom Kapitalisten eingezogene Teil am Arbeitsertrag entfällt, aber die Arbeitenden tauschen untereinander die quantitativen und qualitativen Grundeinheiten der Arbeit aus (Arbeitsstunden). Dabei rechnete Marx noch mit Ungerechtigkeiten durch verschiedene Fähigkeiten wie auch durch die Zahl der Kinder des Arbeiters.
<https://www.marxists.org/deutsch/archiv/marx-engels/1875/kritik/index.htm>

ii <https://www.bjreview.com/> Die Zeitschrift wird von der Longway-Stiftung, zu der Unternehmer, Ökonomen, und Intellektuelle gehören, privat finanziert.

iii Siehe auch:
<https://www.onvista.de/news/2026/06-01-china-verschaerft-kontrolle-ueber-technologie-und-wissenstransfers-0-20-26517406>

iv Philipp Krohn, Gustav Theile: Chinas Aufholjagd in der Umweltgesetzgebung, FAZ, 10.6.2026.